

Geschäftszeichen: RL 25.1
Bearbeiter: Burkhard List
Durchwahl: 91- 251
Datum: 29.06.2006

Impulsveranstaltung der FH Nordhausen am 29. Juni 2006
Vom Planspiel in die Praxis - Ergebnisse des Forschungsprojekts „Fläche
im Kreis“
Statement des TMBV

Herr Präsident,
Herr Staatssekretär,
meine Damen und Herren,

Herr Olaf Langlotz, Leiter der Abt. 2 „Städte- und Wohnungsbau, Raumordnung und Landesplanung“ im Thüringer Ministerium für Bau und Verkehr, muss eine Sitzung der Raumordnungs- und Bauminister außerhalb Thüringens vorbereiten

Er hat mich gebeten, ihn zu vertreten, was ich gern tun möchte.

Immer, wenn von „Fläche“ die Rede ist, fühlen sich die Raumordner angesprochen. So ist es nicht ungewöhnlich, dass eine Regionale Planungsgemeinschaft zu diesem Thema eingeladen hat.

Man sollte meinen, mit dem Rückgang der Bevölkerung in Thüringen würde der Bedarf an der Abgrabung oder Versiegelung von Flächen ebenfalls zurückgehen.

Das ist, wie wir wissen, nicht der Fall.

Kaum ein Thema wird gegenwärtig so oft angesprochen, wie die demographische Entwicklung als Rahmen zukünftigen Handelns.

Deshalb hat die Abt. 2 federführend einen Demographiebericht erarbeitet, der vor wenigen Tagen vom Kabinett positiv aufgenommen und dem Landtag zugeleitet wurde.

In einer Landespressekonferenz wurde er gestern durch Herrn Minister Trautvetter vorgestellt.

Neben der Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahre 2050 werden auf ca. 150 Seiten deren Auswirkungen auf alle öffentlichen Bereiche aufgezeigt und Handlungsempfehlungen dargestellt, die durchaus Bezug zum heutigen Thema haben.

Der vollständige Bericht ist im Internet unter www.tmbv.de eingestellt.

Anfang der 90er Jahre galt es ja als ein Kennzeichen der positiven wirtschaftlichen Entwicklung, wenn in den Kommunen Flächen für Industrie-, Gewerbe- und Wohngebiete oder Sondergebiete für den großflächigen Einzelhandel ausgewiesen wurden.

Das ging fast ausschließlich zu Lasten des bisher unbesiedelten Raumes vor allem an den Rändern der Städte und Gemeinden aber auch bei neuen Verkehrswegen quer durch die Landschaft.

Dies führte zum Verlust von schutzorientierten Freiraumfunktionen und Lebensräumen, zur Zerschneidung zusammenhängender Freiräume sowie zu Veränderungen des Landschaftsbildes.

Nur bei der beabsichtigten Inanspruchnahme von Flächen für den obertägigen Rohstoffabbau kamen frühzeitig kritische Stimmen auf.

Mit dem Bauboom Anfang der 90er Jahre verstärkte sich der Bedarf an Massenbaurohstoffen immens. Ca. 1.500 Anträge auf Aufsuchung und Abbau von Rohstofflagerstätten lagen in den Bergbehörden vor, die in vielen Regionen zu massiven Protesten der betroffenen Bürger und Umweltverbände führten.

Dies veranlasste die Landesregierung Mitte 1993, mit den Instrumenten der Raumordnung und Landesplanung kurzfristig Lösungen zur Rohstoffversorgung des Landes bei Vermeidung erheblicher und ungerechtfertigter Auswirkungen auf die Umwelt und die Lebensbedingungen der Bürger zu suchen sowie Rechtssicherheit für alle Betroffenen zu schaffen.

Ergebnis Mitte 1994 war die „Konzeption für die Gewinnung von bergfreien Bodenschätzen“, die vom Kabinett bestätigt und vom Landtag zustimmend zur Kenntnis genommen wurde.

Die akuten Nutzungskonflikte des Rohstoffabbaues mit der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, dem Verkehr, Fremdenverkehr, der Siedlungsentwicklung sowie dem Naturschutz, konnte ich mit meinem Mitarbeiterstab damit weitgehend lösen, so dass der gesamte Prozess wieder versachlicht wurde.

Übrigens hatte Frau Vetter mit ihrer Mannschaft auch damals erheblichen Anteil an der Lösung dieser Aufgabe.

Heute ist, wie wir gehört haben, die Problemlage eine andere.

Es geht nicht mehr darum, in jeder Kommune Flächen zu versiegeln sondern umgekehrt, die Flächeninanspruchnahme zu verringern, möglichst keine „grünen Wiesen“ mehr zu bebauen und statt dessen eine sinnvolle Nachnutzung von Brachflächen anzustreben und das vor allem innerhalb der Orte.

Wenn man davon ausgeht, dass in den kommenden Jahren in den Kommunen immer weniger Menschen leben werden, dann sollte bereits heute eine sinnvolle Nutzung und Nachnutzung der Flächen angestrebt werden.

Als ich in dem Zusammenhang den Begriff „Flächenkreislaufwirtschaft“ zum ersten Mal hörte, hat er mir - im Gegensatz zu vielen anderen Wortschöpfungen - sofort zugesagt.

Die Zukunft kann nur gestaltet werden, wenn wir unsere eigene natürliche Umwelt auf Dauer erhalten. Das betrifft gleichermaßen Flächen in den großen zentralen Orten und in den ländlichen Räumen.

Im Landesentwicklungsplan Thüringen von 2004 wird deshalb den Fragen des sparsamen und schonenden Umgangs mit dem Naturgut Boden, der Innenentwicklung der Kommunen vor der Außenentwicklung und der raumverträglichen Nachnutzung von Brachflächen breiten Raum gewidmet.

Das beginnt bereits im Leitbild und zieht sich wie ein roter Faden durch die Sachkapitel.

Davon ausgehend hat sich das Ministerium für Bau und Verkehr frühzeitig mit dem Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt, mit dem Wirtschaftsministerium, der LEG und den regionalen Planungsgemeinschaften zu einem Flächenmanagement verständigt.

Die Fachhochschule Nordhausen wurde eingebunden, weil es hier bereits interessante Ansätze gab.

Auf die Frage: „Wie soll es mit den Brachflächen konkret und im Detail weitergehen?“, haben wir heute Antworten erhalten.

Die heutige Veranstaltung bestätigt, dass es eine richtige Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft Nordthüringen war, an diesem Forschungsvorhaben aktiv mitzuwirken.

Damit wurde eine wissenschaftliche Grundlage für die Fortschreibung des Regionalplans geschaffen.

In den Regionalplänen wird, wie wir bereits hörten, zentrales Element einer nachhaltigen Entwicklung der schonende Umgang mit den Flächen vor allem im Außenbereich sein.

Nach wie vor steht die Aufgabe, die vielfältigen Raumfunktionen durch aktives Management räumlicher Ressourcen und Raumnutzungen zu sichern.

Es ist die Aufgabe der Raumordnung, durch überfachliche und überörtliche Abstimmung und Koordination der verschiedenen Planungen die Interessen im Raum in Einklang zu bringen.

Dabei gilt es, den Bedürfnissen der Wirtschaftsentwicklung, der Siedlungsentwicklung sowie der Mobilität der Menschen bei Reduzierung der Neuinanspruchnahme von Freiräumen Rechnung zu tragen.

Deshalb wird das Thüringer Ministerium für Bau und Verkehr den Prozess der Flächenkreislaufwirtschaft auf der Landes-, Regional- und Kommunalebene weiterhin aktiv begleiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.